



Hintergrund-Information:

NRW-CDU hat jetzt zwei Positionen zu Garzweiler II.

In der Plenardebatte vom 17.10.2013 und in der Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses vom 31.10.2013 wurde deutlich, dass die CDU künftig zwei Meinungen zu Garzweiler II in ihrer Fraktion zulassen will:

CDU-Abgeordneter
Kufen am 17.10.2013
in der Landtagsdebatte



„Deshalb lassen Sie mich ganz zu Beginn für die CDU-Fraktion völlig unzweideutig feststellen: **Spekulationen über ein vorzeitiges Aus beim Tagebau Garzweiler II sind unverantwortlich.**“

„In diesem Landtag gibt es eine klare Mehrheit für Deutlichkeit, was den Energiemix mit einem Anteil der Braunkohle angeht. Es gibt eine klare Perspektive, dass die Verträge eingehalten werden müssen (...). Mit Blick auf die Versorgungssicherheit **können wir insbesondere auf die Braunkohle nicht verzichten.**“



CDU-Abgeordneter
Hachen am 17.10.2013
in der Landtagsdebatte

„Wenn ein Unternehmen wie RWE 27 Milliarden € an Börsenwert verliert, wenn sich der Schuldenstand des Unternehmens mittlerweile auf 33 Milliarden € mehr als verdoppelt hat, wenn Kraftwerksstilllegungen angedeutet und erheblicher Personalabbau angekündigt werden, dann liegen unbestreitbar neue energiepolitische Rahmenbedingungen vor, die auch eine erneute **Überprüfung der weiteren Notwendigkeit des Tagebaus** erfordern.“

„Ich begleite diesen Tagebau und seine Planungen seit Anfang der 80er-Jahre, das heißt seit 30 Jahren, kritisch, aber konstruktiv. Ich habe mich gemeinsam mit den Menschen der Region über viele Jahre vehement gegen diesen Tagebau gewehrt und mit 20.000 von ihnen bei strömendem Regen eine Fackelkette rund um den Tagebau gebildet. **Ich habe den Widerstand in jeder freien Minute unterstützt.**“

Das ist nicht seriös. Man redet jedem nach dem Mund; die Botschaft wird je nach Empfänger angepasst.



Wir bleiben verlässlich!

Unser Kurs in der Energiepolitik wird von Unternehmensverbänden und Gewerkschaften anerkannt. Der Hauptgeschäftsführer der NRW-Arbeitgeberverbände erklärte, Hannelore Kraft habe die „volle Unterstützung der NRW-Wirtschaft“. Der DGB-Landesvorsitzende erklärt: „Ich begrüße es außerordentlich, dass die Ministerpräsidentin deutlich gemacht hat, dass es bei Nachhaltigkeit auch um Beschäftigung geht.“



SPD-Landtagsabgeordneter
Rainer Thiel
am 17.10.2013 in der Landtagsdebatte

„Jetzt, nachdem der Tagebau in vollem Gange ist, wäre das Aus von Garzweiler II kein später Sieg derjenigen, die schon immer dagegen waren, meine Damen und Herren. Der **Stopp des laufenden Tagebaus Garzweiler II wäre eine Katastrophe** für die ganze Region und hätte unabsehbare Folgen. Der seit Jahrzehnten stattfindende Braunkohletagebau im Rheinischen Revier beruht auf einem Versprechen, das den Menschen unserer Region gegeben wurde. Dieses Versprechen lautet: **Der Tagebau ist notwendig**, weil der Strom für die Energieversorgung in Deutschland gebraucht wird. **Ein nationales Interesse!** Der Tagebau wird auf klarer rechtlicher Grundlage ordentlich durchgeführt. Die Betroffenen werden beteiligt. Nach dem Tagebau wird die Landschaft wiederhergestellt, ordentlich rekultiviert, ein Restsee angelegt, und es werden neue Perspektiven eröffnet.“

Der klare Kurs der SPD für das Rheinische Revier



- 1.) Mit dem NRW-Koalitionsverträgen 2010 und 2012 haben wir **Planungssicherheit für die Tagebaue Inden, Hambach und Garzweiler** hergestellt,
- 2.) Mit der Änderung des Regionalplanes bei der Bezirksregierung Köln haben wir den **Weg frei gemacht für BoAplus** in Niederaußem.
- 3.) In Berlin wollen wir das **Energiewende-Chaos beenden**. Es nützt nichts, wenn es an guten Tagen Ökostrom im Überfluss gibt, an schlechten aber der Strom ausfällt.
- 4.) Wir wissen, dass **Braunkohle noch lange gebraucht** wird, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint.
- 5.) Wir **verurteilen klar die Gewalt gegen RWE-Mitarbeiter** im Hambacher Forst.
- 6.) Wir treten auch **Unternehmensvorständen auf die Füße**, wenn die Region für Konzernfehler bluten soll.
- 7.) Wir arbeiten in der Innovationsregion Rheinisches Revier mit RWE gemeinsam daran, dass in der Region **auch künftig neue Industriearbeitsplätze** entstehen können.